

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schrifteleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 4. Januar 1928

Nummer 1

## Empor aus eigener Kraft!

Der stärkste Grundpfeiler der materialistischen Gesellschaftsauffassung ist deren geistige Befruchtung und Beflügelung des menschlichen Willens zur Schaffung einer besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die aus Stoff und Kraft des realen Daseins aufgebaut sein soll. Mögen noch so viele Anhänger der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform sich über den sogenannten Marxismus erhaben fühlen, und zwar in der Regel deshalb, weil sie dessen Lehren nur oberflächlich oder gar nicht kennen, so bleibt doch ungeklärt, warum sie sich eigentlich gegen den Gedanken des Sozialismus wehren. Erklärlich wird diese Ablehnung oder dieser Widerstand jedoch dadurch, daß man erkennt, wie sich aus der Wahrheit der materialistischen Gesellschaftsauffassung und aus dem Geiste des Sozialismus heraus heute schon eine ernsthafte Gefährdung der privatkapitalistischen Vorherrschaft entwickelt hat und ihr immer größere Erhaltungs- oder Abwehrkosten auferlegt. Sinn und Verstand kommen in die sozialen Gegenfänge nur dadurch hinein, indem man beachtet, daß die bisher Unterdrückten sich immer fühlbarer gegen ihre Unterdrücker wehren, und daß die letzteren alle Hände voll zu tun haben und immer tiefer in den Beutel greifen müssen, um ihre Herrschaft zu erhalten und zu verlängern. Das ist jedoch dank der Entstehung und Entwicklung der Arbeiter- und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung viel schwerer als in früherer Zeit und weit schwerer als noch vor wenigen Jahren.

Sklaverei, Hörigkeit und Leibeigenschaft in lebenslänglicher Fron für eine Minderheit von Herrenmenschen sind zum größten Teil historische Erinnerungen geworden. Völkerrherrschende Potentaten und Diktatoren sind entthront oder genießen nur noch ein mehr oder weniger befristetes Dasein. Die privatkapitalistische Wirtschaftsform selbst zeugt immer neue Bastarde, unter deren Druck sich bisherige persönliche Herrscher in Aktiengesellschaften, Kartelle, Konzerne, Trusts usw. eingliedern müssen. Der gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Gedanke zieht immer weitere Kreise in seinen Bann. Schon ist es so weit, daß in Deutschland die Wirtschaft der öffentlichen Hand, sei es jene der Gemeinden, der Länder oder des Reiches, zu den größten Unternehmungen zu zählen ist. Infolgedessen ist auch der Ansturm des privaten Unternehmertums gegen diese wirtschaftliche Betätigung der „öffentlichen Hand“ in letzter Zeit besonders lebhaft geworden, wird aber voraussichtlich nur zu einer noch gründlicheren und rationelleren Festigung dieser Betriebe oder Unternehmungen führen. Dazu kommen noch unzählige Eingriffe der Gesetzgebung in die freie privatkapitalistische Geschäftsgebarung durch öffentliche Kontrolle, Arbeiterschutz und Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Unfallversicherung usw. Wenn auch viele dieser Eingriffe oder Begrenzungen durch die öffentliche Hand gegenüber der privatkapitalistischen Ausbeutung noch nicht tief oder erfolgreich genug sind, so sind es doch Erscheinungen oder Entwicklungsstufen einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die immer schärfer auf eine Ausmerzung sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten und Vorrechte abzielen und zu einer Befreiung der bisher von privatkapitalistischer Seite ausgebeuteten Masse führen können und müssen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist auch im neuen Jahre, daß diese Entwicklung nicht nur das Werk einzelner zielbewusster und tatkräftiger Menschen bleibt, sondern weit mehr noch als bisher von innerlich gefestigten Organisationen des werktätigen Volkes getragen wird.

Auch für uns Buchdrucker liegen im Rahmen der vorstehend kurz gekennzeichneten Wandlungen und

Bedrängungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform die Dinge so, daß wir alle Ursache haben, an der weiteren Entwicklung in gewerblicher und sozialer Hinsicht nur in straffster Geschlossenheit mitzuarbeiten. Es gibt nur wenige Gewerbe oder Industriezweige innerhalb der deutschen Wirtschaft, in denen das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis relativ so stark und trotz der föderativen Grundlagen unseres Verbandes so einheitlich ist wie im Buchdruckgewerbe. Aber es gibt auch wenig Gewerbe, in denen die sozialen Gegenfänge innerhalb des Unternehmertums so groß sind wie bei uns. Sowohl dem letzteren Umstand wie der organisatorischen Geschlossenheit unserer Kollegenschaft war und ist es zuzuschreiben, daß es typisch für das Buchdruckgewerbe wurde, in der Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse vorbildlich zu sein. Und heute noch ist die soziale Struktur der ehemaligen Tarifgemeinschaft trotz prinzipialseitig betriebener Verflachung durch nivellierende Rechtsformalien hinter der Fassade des seit Anfang 1923 eingeführten Organisationsstatuts bis zu einem gewissen Grade erhalten geblieben. Sie ist lediglich durch ein größeres bzw. deutlicheres Mitbestimmungsrecht der Organisationen erweitert worden. Unverkennbar ist jedoch, daß die neuere Entwicklung des Tarifvertragswesens von Unternehmerseite in der Weise beeinflusst wird, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit mit andern Tarifen unvermeidbar wurde. Es wirkt sich darin ein in den letzten Jahren immer stärker gewordener Einfluß aller übrigen Unternehmerverbände auf den Deutschen Buchdrucker-Verein aus. Eine Abhängigkeit, die insbesondere von da an mehr und mehr in Erscheinung trat, seit die geschäftsführende Leitung der Prinzipalsorganisation in Hände übergegangen ist, deren Kraft mehr auf formalrechtlicher als auf rein gewerblicher Seite liegt. Dies ist begründet in der zeitgemäßen Erweiterung aller sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die dem einzelnen Unternehmer immer weniger persönlichen Spielraum lassen und ihn mit dem Wachstum der Betriebe und der damit verbundenen Beschärfung der Konkurrenz vor Aufgaben stellen, die der einzelne Unternehmer nicht mehr allein bewältigen kann, sondern auch ihn in immer größere Abhängigkeit von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gebracht haben. Diese Entwicklung zieht aber der Erweiterung oder dem Ausbau von Tarifverträgen für einzelne Gewerbe ebenfalls bestimmte Grenzen, die nicht überschritten werden können, ohne den schärfsten Widerstand des gesamten organisierten Unternehmertums auszulösen. Und es kann kein Zweifel sein, daß gerade wir Buchdrucker als Schrittmacher des Tarifgedankens, die auch heute noch an der Spitze tarifvertraglicher Vereinbarungen stehen, in Zukunft noch weit größere Kräfte als bisher einleihen müssen, wenn wir über den heutigen Stand der Dinge hinwegkommen wollen.

Diese unbedingt notwendige größere Kraft gilt es zu gewinnen. Sie ist zu gewinnen; aber nicht mehr in besonderer Maße durch Zuwachs an Mitgliedern. Denn auch dieser wird seine natürliche Grenze bald erreicht haben. Viel wichtiger ist, daß jeder von uns sich bemüht, sowohl in fachtechnischer wie gewerkschaftlicher und kollegialer Hinsicht dort seinen Mann stellen zu können, wo ihn das Schicksal im Produktionsprozess wie im organisatorischen, kollegialen und öffentlichen Leben hingestellt hat. Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sein, heißt gleichberechtigter, vorwärts- und aufwärtsstrebender Kämpfer auf sozialem und beruflichem Boden für eine bessere Zukunft für sich selbst, seine Familie, seine Kollegen und seine Zeitgenossen im weiten Rahmen der deutschen Arbeiterchaft sein. Wie wir schon in unserem Rückblick auf das vergangene Jahr angedeutet haben, hat nach Jahren wirtschaftlicher und seelischer

Erschütterung in unsern Reihen in allen deutschen Gauen wieder Verständnis und Wille zu gewerkschaftlicher Sachlichkeit festen Fuß gefaßt. Auf dieser sichereren Bahn gilt es weiterzufahren. Übertragen wir diese Sachlichkeit und das gegenseitige kollegiale Hand-in-Hand-Arbeiten deutlicher noch als bisher in die Betriebe. Erblicken und achten wir in unsern älteren Kollegen die Männer, die in viel schwereren Zeiten als heute dafür gekämpft und gelitten haben, daß wir heute eine tarifliche und gewerbliche Ordnung haben, die trotz aller Mängel und Schattenseiten immer noch an der Spitze aller ähnlichen Arbeits- und Lohnverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft steht. Sehen wir älteren Kollegen in unsern jungen Kollegen Mitkämpfer und Erben unserer gewerkschaftlichen Ergründungen. Zeigen wir Faktoren und Prinzipalen, daß wir Männer und Fachleute sind; auf deren Mitarbeit sie angewiesen sind, und daß sie macht- und erfolglos bleiben, wenn sie glauben, sich über uns erhaben fühlen zu dürfen. Fachtechnische Durch- und Fortbildung, ehrliche und gute Arbeit sei unsere berufliche Rüstung, herzliche Kollegialität und Solidarität untereinander sei unsere Seele und gewerkschaftliche Disziplin, d. h. höchste Achtung vor unsern selbst gegebenen Organisationsgesetzen, unser Stolz. Das sind die realen und idealen Grundsätze, die wir als Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu hegen und zu pflegen haben. Erkennen wir das als unsere Pflicht an, dann werden daraus jene Rechte entstehen, die uns dazu befähigen, sich allen Gewalten zum Trotz zu erhalten!

## Die Gewerkschaften im Jahre 1927

Das Jahr 1927 war ein Jahr politischer Reaktion. Es begann mit einer Regierungskrise, die durch das verständnislose Eingreifen des Reichspräsidenten mit der Bildung der Bürgerblockregierung ihren Abschluß fand, und es endete mit einer Kampfansage der Scharfmacher in der Schwereindultrie, die einer Rebellion gegen den Staat verurteilt ähnlich sah und den Keen einer schweren Wirtschaftskrise in sich trug. Beiden Vorgängen kommt deshalb die ganze Aufmerksamkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu, weil sich gegen die Gewerkschaften richteten, weil in beiden Fällen das Kampfziel die W e r t e i g u n g des A c h t u n d e n t a g e s war. Die Regierungskrise wurde herausgefordert, weil die bürgerliche Reaktion befürchten mußte, daß die Wiedereinführung des Achtstundentages unter der vorhergehenden Regierung im Reichstag Aussicht auf Erfolg haben konnte, und die Kampfansage der Wirtschaftsmonarchen war ein letzter Abwehrversuch gegen die unvermeidlich gewordenen Maßnahmen der Regierung zugunsten des Achtstundentages.

Aber die Arbeiterschaft war wachsam. Und wenn die Scharfmacher geglaubt hatten, auf Grund des geringen Mitgliederverlustes der Gewerkschaften im Jahre 1926 den Zeitverhältnissen trotzen zu können, so hatten sie eben die Bedeutung jenes Mitgliederverlustes ganz gewaltig überschätzt und die moralische Kraft der Gewerkschaften für sehr gering gehalten. Ihre Angriffe wurden abgewehrt, und erst in einer der letzten Erhebungen des ADGB. konnte den Unternehmern nachgewiesen werden, daß die Bemühungen der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit von bestem Erfolg gewesen sind, daß der Achtstundentag marschiert. So haben die Gewerkschaften trotz des Mitgliederzurückgangs im Vorjahr dennoch die Interessen der Arbeiterschaft erfolgreich vertreten, indem sie nicht nur das Erregene verteidigt, sondern noch erweitert haben. Der aus politischen Hinterhältigen gegen die Gewerkschaften geführte Kampf wird die Gewerkschaften auch nach diesen Erfahrungen nicht mehr als unbedingt notwendig in die politische Öffentlichkeit treten lassen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aber wird aus diesem hinterhältigen Doppelspiel auf dem Boden der Politik und der Wirtschaft die Erkenntnis in das neue Jahr mit hinübernehmen, daß alles geschoben muß, um auch den letzten Mann in die Gewerkschaftsbewegung einzureihen, damit auch in Zukunft noch weniger als bisher den Scharfmachern die Bäume in den Himmel wachsen.

Der Ausgang des Kampfes um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Staat und Wirtschaft hängt selbstverständlich wie jeder andere Kampf davon ab, welche Macht die Gewerkschaften ihren Widerpartern entgegenzusetzen haben. Daß sich darüber die Arbeiterschaft im klaren ist, hat die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen im verfloßenen Jahre erfreulicherweise gezeigt. Der kommunistische Einfluß auf die Gewerkschaften ist infolge des Zerlegungsprozesses in der kommunistischen Bewegung so zurückgegangen, daß ihm eine beachtliche Bedeutung nicht mehr beigemessen werden braucht und wir dieser Bewegung auch künftig am besten dadurch gerecht werden, daß wir sie weiter der geschichtlichen Entwicklung überlassen. Große Teile der durch sie bisher irreführenden Arbeiter lehren sich wieder der gewerkschaftlichen Mitarbeit zu und bestreben sich so den im Interesse der Gesamtarbeiterschaft liegenden Klärungsprozess. Mit diesem Wiedergang des kommunistischen Einflusses im Jahre 1927 ist eine Aufwärtsentwicklung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen parallel gegangen. Gegenüber dem Schlußstand des Jahres 1926 mit 9333 031 Mitgliedern hat sich die Mitgliederziffer bis zur letzten Feststellung Ende Juni 1927 um 211 634, gleich 5,1 Proz., gehoben. Damit ist der Verlust des Jahres 1926 von 5,9 Proz. in den ersten sechs Monaten des verfloßenen Jahres beinahe wieder wettgemacht worden. Und wie aus weiteren Meldungen zu ersehen ist, hält diese Aufwärtsbewegung weiter an und läßt eine erhebliche Überschreitung des Mitgliederbestandes von 1925 erwarten.

Diese Erklarung der Gewerkschaften ist nicht nur bezeichnend für die kulturellen und sozialen Aufgabenwille, die von den Gewerkschaften zu erfüllen sind, sie ist auch ebenso notwendig im Hinblick auf die intensiver betriebene Organisation des Unternehmertums und die Zusammenfassung ihrer Organisationen zu mächtigen und einflussreichen Wirtschaftsgebilden, mit deren Hilfe sie die Preisbildung bestimmen und bisher alle erzielten Lohnserfolge zu einem guten Teil wieder illusorisch machen konnten. Dieses wirtschaftsorganisatorische Bemühen der Unternehmer wird verständlich, wenn man beachtet, daß die Nachkriegszeit mit ihren Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Struktur auch im Unternehmertum starke Antriebskräfte ausgelöst hat, die sich bereits im verfloßenen Jahre gegen die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften immerhin bemerkbar gemacht haben. Aber das Jahr 1927 war in Gegensatz zu dem Krisenjahr 1926 ein Jahr guter Konjunktur. Der gegen alle vorausgegangenen Konjunkturperioden überraschende Aufschwung der deutschen Wirtschaft, der sich Ende August sogar einer Hochspannung näherte, ließ es unfern Unternehmern wohl doch zweckmäßiger erscheinen, sich der Ausnutzung dieser glänzenden Wirtschaftslage zu widmen und Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. Geht man ganz davon ab, daß ja auch die Gewerkschaften zum Aufspielen jederzeit bereit gewesen wären, aber als kluge Geschäftsleute war es ihnen auch nicht schwer, voranzusehen, daß sie auf diesem Wege besser vorwärts kommen würden. Und in dieser Voraussicht haben sie sich auch nicht getäuelt. Die ungehörte Ausnutzung der glänzenden Konjunktur brachte einen so reichlichen Segen über die deutsche Wirtschaft, daß er in den Bilanzen, besonders der Großfirmen, kaum unterzubringen war und zur Ausschüttung geradezu fabelhafter Dividenden führte. Daß man eine solche Reihe von guten Tagen möglichst zu verlängern trachtete, wird bei dem guten Willen und dem sorglosen Gewissen unserer Unternehmer niemand verwundern. Schließlich sollte es ja auch eine Angelegenheit der führenden Männer in der deutschen Wirtschaft sein, darüber nachzudenken, wie die Wirtschaft stabil gehalten werden kann. Aber bei allem Nachdenken haben sie doch immer wieder eines übersehen, nämlich, daß die Arbeiterschaft bei der Verteilung der reichlichen Gewinne ganz unberücksichtigt gelassen war.

Die Arbeiterschaft hatte das Opfer nicht unbedeutender Mehrarbeit auf sich genommen, hatte die Kosten der Rationalisierung getragen, die im Gefolge jeder Wirtschaftskonjunktur auftretenden Preissteigerungen hingenommen und zuguterletzt noch eine zweimalige Mietssteigerung über sich ergehen lassen, ohne daß ihr auch nur die geringste Abgeltung dafür gegeben wurde. So stand dann die Arbeiterschaft inmitten eines Wirtschaftszugens und sollte noch zusehen, wie ihr die schon zerkleinen Taschen einmal, zweimal, dreimal, viermal umgekrempelt wurden. Und doch, wo sich das Begehren nach Lohnserhöhungen regte, hielten die Unternehmer den Arbeitern triumphierend den Popanz der Reichsindexziffer unter die Nase und „bewiesen“ neben der schlechtesten Wirtschaftslage, daß die geringfügige Erhöhung des Index kein zwingender Anlaß zu Lohnserhöhungen sei; ja, sie warnten die Arbeiterschaft dringend, sich der Gefahr einer Eskalation der Wirtschaft bewusst zu sein, die durch ihre Lohnforderungen unausweichbar heranzöhen muß. Eine solche Beweisführung lehnte das Auffassungsvermögen der Arbeiterschaft ab. Es schob sich vielmehr eine Welle von Lohnforderungen ihnen entgegen, ohne daß dadurch die Konjunktur erdrückt, aber auch ohne daß dadurch der Arbeiterschaft dennennur geringe Erfolge zugeflossen wären. Mit einem gewissen Erfolg wehrten sich die Unternehmer gegen zwischentarifliche Lohnserhöhungen, weil sie genau wußten, daß die Gewerkschaften gewillt, aber auch gezwungen sind, die abgeschlossenen Verträge einzuhalten. Kein Appell an die Schlichtungsinstanzen hätte hier etwas genutzt, Vertrag ist Vertrag, und überdies unterstehen diese Schlichtungsinstanzen der Bürgerstörungsregierung, die das Jahr 1927 regierte. Im Schatten dieser Regierung konnte sich das gesättigte Unternehmertum die Abweisung der

Arbeiterschaft leisten, ja, es fügte zu der Abweisung noch den Hohn, indem es den Bergarbeiterstreit in Mitteldeutschland als „Kesselfestheit“ und „Werbefestigkeit“ bezeichnete, ganz so schweigen von der brutalen Aussperrung der Arbeiter der Arbeiter, der Zigarrenarbeiter. Wenn die Unternehmer des Glaubens sind, dadurch ihrem Lieblingsprinzip, der Senkung des Reallohns, in der Praxis nähergekommen zu sein, dann haben sie ihre Rechnung zu früh gemacht. Aber auch diese Kämpfe werden der Arbeiterschaft für das Jahr 1928 zu denken geben. Und wenn sich die Unternehmer darüber besorgen, daß der preussische Innenminister ihren in einem offenen Brief zur Kenntnis gebrachten Terrorfriedel während der Zigarrenarbeitersperrung in einer ihnen wenig genehmen Auffassung beantwortete, so ist das gerade für die Arbeiterschaft ein Lichtpunkt in diesem Kampfe gewesen.

Die berechtigte Empörung der Arbeiterschaft über das Verhalten der Unternehmer in der Frage der Lohnserhöhungen darf uns dennoch nicht blind machen dagegen, daß es im allgemeinen vorwärts geht, daß wir den Geist der Entwicklung auf unserer Seite haben, gegen den ja der reaktionäre Kampf des Unternehmertums geht. Wir bauen eine neue Welt und sie wollen eine alte, haufällig gewordene stützen; wir stürmen vorwärts und sie zerren zurück. Wenden wir auf das große Feld der Sozialpolitik, so können wir trotz des verzweifelten Widerstandes der Unternehmer und ihrer politischen Hintermänner feststellen, daß von diesem Felde im verfloßenen Jahre ein gut Stück beackert worden ist. Die „Gesellschaft für Soziale Reform“ hat sich mit der Abhaltung ihrer Hauptversammlung im verfloßenen Jahre insofern ein Verdienst erworben, als sie den Versuch gemacht hat, durch Referate erster Wirtschaftsautoritäten, die Wirkungen der Lohnserhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt“ und „Die Selbstverwaltung in der Sozialpolitik“ in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu stellen. Im Gegensatz zu den Unternehmern mußte auch dort ausgesprochen werden, daß es eines Kulturrautes unwürdig ist, die Sozialpolitik als ein notwendiges Übel zu betrachten. Und wenn die Unternehmer auf ihrer Tagung in Frankfurt a. M. im September die Forderung nach deutschen Qualitätsleistungen aufgestellt haben, so sollten sie sich doch wirklich klar darüber sein, daß die Arbeiter, von denen sie Qualitätsleistungen verlangen, anständig bezahlt werden müßten und daß man dieselben, wenn sie durch die Arbeit verbraucht sind, durch soziale Fürsorge erhalten muß. Weil aber der Egoismus der Unternehmer hier jedes Entgegenkommen ablehnt, geht die Entwicklung über sie hinweg und schafft die Einrichtungen, die zum Schutz und zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig sind. So trat am 1. Mai die Verordnung über die Arbeitszeit in Kraft, am 1. Juli das Arbeitszeitschutzgesetz, und am 1. Oktober die so lang und hoch-mittleren „Arbeitslosenversicherung“ an Stelle der „Arbeitslosenversicherung“. Sehen wir von allen andern Bemühungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik ab; diese drei Gesetzeswerke sind Meilensteine auf dem Wege der Arbeitssechgebung, die von der Arbeiterschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Daß diese Gesetze auch mit sozialem Geist erfüllt werden, ist hier, wie überall, Aufgabe der Arbeiterschaft selbst.

So hat das Jahr 1927 Kämpfe und Erfolge gebracht, und die Gewerkschaften werden das Ende dieses Jahres nicht anders verleben als in den Vorjahren: rüstig weiter auf dem richtig erkannten Wege, nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern im Interesse des gesamten arbeitenden Volkes. Was im vergangenen Jahre nicht erreicht werden konnte, muß im kommenden fester angepaßt werden. Die Gewerkschaften haben allen Angriffen getrotzt, das Bestehende verteidigt und neue Erfolge errungen. Soll die Arbeit im kommenden Jahre von weiteren Erfolgen begleitet sein, dann gilt es, aus den wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen des von reaktionärer Stiefkraft angefüllten Jahres 1927 die für die Gewerkschaftsbewegung notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

### Das Genossenschaftswesen im Jahre 1927

Das deutsche Genossenschaftswesen kann in seiner Gesamtheit — Konsumgenossenschaften, landwirtschaftliche, gewerbliche und Kreditgenossenschaften — für das Jahr 1927 starke materielle Fortschritte buchen. Es beweist, daß es als besondere organisierte Wirtschaftsform eine stärkere Widerstandskraft besitzt als die Privatwirtschaft. Und daß es sich deshalb verhältnismäßig rascher von den zermürbenden Schlägen der Inflation und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs erholen konnte als alle übrigen Gruppen und Formen der Volkswirtschaft. Sowohl Kapitalbildung und Geldverkehr, wie Warenumsatz und Warenverkehr bewegen sich seit der Stabilisierung der Währung im Jahre 1924 dauernd aufwärts, was für die Gründung des Wirtschaftskörpers von entscheidender Bedeutung ist. Nur die organisatorische Entwicklung nach der Zahl der Genossenschaften und ihrer Mitglieder markiert nach der Überspannung des Zugangs während der Kriegs- und Inflationsperiode einen gewissen Stillstand, der bei den Konsumgenossenschaften sogar zu einem Rückgang von rund 300 000 Mitgliedern geführt hat, die von den Einzelorganisationen aus geschlossen wurden, weil sie die Bedeutung der Konsumgenossenschaften zwar während der Zeit des Warenmangels (1922/23) schätzen gelernt hatten, später aber wieder in den wirtschaftlichen Schindrian verfielen, den man am allerwenigsten bei gewerkschaftlich organisierten Verbrauchern vermuten sollte.

Zimmerhin: das deutsche Genossenschaftswesen repräsentiert eine Wirtschaftsbewegung von über 50 000 Einzelorganisationen mit rund neun Millionen Mitgliedern, wovon die Konsum- und Baugenossenschaften rund vier Millionen, die landwirtschaftlichen drei und die gewerblichen und Kreditgenossenschaften zwei Millionen Mitglieder stellen. Imposante Zahlen, deren Bedeutung aber noch viel mehr in den finanziellen und wirtschaftlichen Elementen wurzelt, von denen sie getragen sind: über 100 Milliarden werden umgelegt im Geldverkehr und gegen fünf Milliarden im gesamten genossenschaftlichen Warenverkehr. Und das kulturelle Element nicht zu vergessen: 400 000 bis 500 000 Genossenschaftsfunktionäre im Vorstand und Aufsichtsrat und wohl mehr als 100 000 in den Konsumgenossenschaftlichen Vertreterparlamenten amten und wirken für eine neue Wirtschaftsform — eine demokratische, gemeinwirtschaftliche. Peter Graßmann hatte schon recht, wenn er die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften für wirtschaftlich revolutionärer hielt, als die geschwollenen weltrevolutionären Phrasen irgenwelcher Revolutionäre.

Die Bedeutung des Genossenschaftswesens kam auch nie zuvor so zum Ausdruck, wie im abgelaufenen Jahre. Der Internationale Genossenschaftsbund, eine weltumspannende Organisation von 50 000 bis 60 000 Konsumgenossenschaften mit 35 bis 40 Millionen Mitgliedern, war offiziell mit einer Anzahl Vertretern neben den Gewerkschaften an der Genfer Weltwirtschaftskonferenz beteiligt, und seine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den landwirtschaftlichen Genossenschaften war Dienst für die allgemeine Volkswirtschaft und die Verbraucherinteressen. Es war zum erstenmal, daß auf einer solchen Weltkonferenz nicht nur die allein kompetenten Wirtschaftsführer des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern auch Arbeiter- und Genossenschaftsvertreter sich um die „Belange“ der Weltwirtschaft zu kümmern hatten, und zwar im Interesse der Menschen mehr als des Kapitals. Und wenn die gewerkschaftlichen Arbeitervertreter in Genf eine programmatische Prinzipienklärung für die demokratische Gemeinwirtschaft abgaben, so wußte man, daß für eine Theorie demonstriert wurde, die vor allem in den vom Internationalen Genossenschaftsbund vertretenen Konsumgenossenschaften eine sehr reale Grundlage, nämlich die praktische Wirklichkeit, für sich hatte.

Auch der Internationale Genossenschaftskongress in Stockholm (August 1927) reflektierte die stark wachsende Bedeutung des Genossenschaftswesens, insofern eine Anzahl Regierungen und insbesondere der Völkerverbund selbst Vertreter zu der Tagung entsandt hatten, welche teilweise die genossenschaftliche Internationale, die ja aus etwa 30 Ländern der Welt ihre Organisation rekrutiert, als Schrittmacher für den Völkerverbund und für den Abbau der Zollschranken feierten. Die deutsche Republik blieb zwar untertreten, obgleich die genossenschaftliche Bewegung in ihr „heißt“ dem größtmöglichen Imperium die stärkste der Welt ist. Aber man weiß ja auch ohnedies, daß die Bürgerblockkoalition gemeinwirtschaftlichen Tendenzen ablehnend gegenübersteht. Die Republik wird ihren Reichstag und ihre Regierung „reformieren“ müssen.

Was die Konsumgenossenschaftliche Bewegung in Deutschland angeht, so umfassen der Zentralverband (Hamburg) und der Reichsverband (Köln) deutscher Konsumvereine in 1900 Konsumgenossenschaften vier Millionen Mitgliederfamilien; die eingangs bemerkten Ausschüsse sind zum großen Teil durch Neueintritte ausgefüllt worden. Und wirtschaftlich ist man stark vorangekommen. Betragen doch die Umsätze des Zentralverbandes allein nahezu eine Milliarde Reichsmark, gegen rund 800 Millionen im Jahre 1926. Mit dem Umfag des Reichsverbandes dürfte der Warenumsatz auf 1200 Millionen Mark gestiegen sein. Es müßten ja bei einer besseren Einsicht in die Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaft wohl fünf bis sechs Milliarden sein, wie in Großbritannien; aber, was nicht ist — muß werden, denn dafür haben sich ja auch die Gewerkschaften aller Richtungen programmatisch eingesetzt: zur Schaffung der Wirtschaftsdemokratie, die Konsumgenossenschaften nach allen Richtungen zu fördern. Hilft noch ein gesunder Wirtschaftsegoismus die Erkenntnis von der ökonomischen und technischen Überlegenheit des Konsumgenossenschaftlichen Gütervergnügens- und Warenverteilungssystems schneller als seither reifen zu lassen, dann mögen im neuen und folgenden Jahren die Fortschritte auf diesem Gebiete überwältigend sein.

Das Vertrauen zu den Konsumgenossenschaften ist ja sowieso im Jahre 1927 außerordentlich gewachsen, was sich mehr noch als beim Umfag in der überaus großen Zunahme der Spareinlagen zeigt. Betragen sie doch am Ende des dritten Vierteljahres nach den statistischen Feststellungen des Zentralverbandes rund 199 Millionen Mark, gegen 127 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Also in einem Jahre 72 Millionen Zuwachs, während der Gesamtsumme am Ende des Jahres 1914 „nur“ 79 Millionen Mark betrug. Und dabei sind wir ein armes Volk geworden. Vielleicht gerade deshalb wird noch mehr gepart als jemals, weil es die ökonomische Logik des Haushalts als gebeterische Pflicht verlangt.

Vor allem hat auch die Großkauf-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg) ein Reformjahr der Entwicklung zu verzeichnen. Während ihr Warenumsatz im Jahre 1926 rund 294 Millionen Mark betrug, wovon 202 Millionen auf die drei ersten Vierteljahre entfielen, stieg er im gleichen Zeitraum des Jahres 1927 auf rund 259 Millionen und fürs ganze Jahr ist mit einem Gesamt-

umfaß von 360 Millionen Mark zu rechnen. Und betragen die Wertzeugnisse in den 30 eigenen Fabriken im Jahre 1926 und 45 Millionen Mark, so in den ersten drei Vierteljahren von 1927 allein 42 Millionen, so daß mit einem Jahreswert von 60 Millionen Mark gerechnet werden kann. Also Steigerung der Eigenproduktion um ein Drittel, was als ein starker Erfolg in materieller und grundsätzlicher Hinsicht zu buchen ist. Dazu kommt die Erziehung und der Erwerb neuer Betriebe, wovon nur die Großmühle in Magdeburg, die Fleischwarenfabrik in Oldenburg und das Osterrober Rittergut genannt sein sollen, weil sie die wichtige Brot- und Fleischmahlung und die Gemüsekonserverierung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelerzeugung illustrieren. Alles in allem ein Rekordjahr der Entwicklung, welche auf der glänzenden finanziellen Entwicklung beruht, die der GGG. eigen ist. Und vor allem natürlich in organisierter Abfahr durch die Konsumgenossenschaften ihre Stütze findet. Schulbeispiel für Wirtschaftsdemokratie.

Auch die großen Konsumgenossenschaften Berlin, Hamburg, Dresden, München, Stuttgart usw. können von einer entsprechend starken Aufwärtsbewegung berichten. Sie bilden innerhalb der Konsumgenossenschaftlichen Gesamtbewegung klassische Zeugen für die praktische Möglichkeit und Wirklichkeit der wirtschaftsdemokratischen Theorie. Es sind starke Aktiopothen der vorwärtsschreitenden Gemeinwirtschaft.

Alles in allem: das Jahr 1927 bildet für die deutsche Genossenschaftsbewegung im allgemeinen, für die Konsumgenossenschaftliche im besonderen einen Meilenstein des Fortschritts, der im Vergleich zu dem Jahre 1921, dem ersten Wirtschaftsjahre nach dem Zusammenbruch, gigantisch wirkt. Und wenn die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften die ideale und materielle Bedeutung der Konsumgenossenschaften in ihrer Totalität erfassen und würdigen durch aktive Mitarbeit — dann wird die Wirtschaftsdemokratie durch das Beispiel der Leistung noch schneller eine dominierende Tatsache, als man es heute noch zu hoffen wagt.

### Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1927

Die um die Wende des Jahres 1926 auflebenden Anzeichen eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs waren noch zu schwach, um besondere Hoffnungen auf eine Beendigung der bis dahin herrschenden Wirtschaftskrise entstehen zu lassen. Mitte Januar 1927 erreichte die Arbeitslosigkeit mit 1.833.967 Hauptunterstützten ihren höchsten Stand. Dabei mußte in Berücksichtigung gezogen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen tatsächlich eine viel höhere war, weil ein großer Teil von ihnen ausgetrennt wurde und zu die Kronenfürsorge überging. Es lagen daher genügend Gründe vor, die Wirtschaftslage steptisch zu beurteilen; um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben. Der weitere Verlauf der Wirtschaftsentwicklung konnte daher bis zu einem gewissen Grade überraschen. Schon im Februar trat eine merkbare Besserung ein, die auch für die Folge anhält und die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bis Mitte September auf 422.000 zurückgehen ließ. Damit war für das Jahr 1927 der tiefste Stand erreicht. Seitdem hat die Arbeitslosigkeit wieder zugenommen. Doch deuten ihre wirtschaftlichen Begleiterscheinungen darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter nicht mehr den katastrophalen Höhepunkt des Vorjahres erreichen wird und die Wirtschaftskrise als überwinden gelten kann. Eine Sicherheit gegen Übertragungen besteht freilich nicht.

Doch ist auch bei unsern Gläubigerstaaten in steigendem Maße die Erkenntnis bemerkbar, daß die Hoffnungen auf die phantastischen Reparationsleistungen Deutschlands nicht in Erfüllung gehen werden und die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Hand-in-Hand-Arbeitens vorliegt. Das zeigt das Zukunftsbefolgen und der Verlauf der Welt-

wirtschaftskonferenz, die im Mai 1927 unter starker Beteiligung in Genf lagte. Es war vorauszu sehen, daß die Konferenz die sich an ihre Verhandlungen knüpfenden, teilweise sehr weit gespannten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Das ist nicht schwer zu begreifen. Ihre Aufgabe bestand lediglich darin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu unterzuchen, die sich der Webeschterstellung der allgemeinen Prosperität entgegenstellen und die besten Mittel anzuzeigen, um sie zu überwinden, ohne Konflikte hervorzurufen. In dieser Hinsicht hat der Verlauf der Konferenz nicht enttäuscht. Sie hat auf den Widerspruch der gegenseitigen Absehnung der Länder durch Schutzzölle hingewiesen und die für eine Gesundung der Weltwirtschaft zu gehenden Wege angedeutet, soweit es vor ihrer Zusammenkunft erwartet werden durfte. Wenn diese Wege nicht eingeschlagen werden, so ist es nicht ihre Schuld, sondern derjenigen Kreise, die im Besitze der wirtschaftlichen Macht um Sonderprivilegien willen das Wohl der Gesamtheit als nebensächlich betrachten. Hierzu zählt auch das deutsche Unternehmertum, wobei zwischen Industriellen und Großagrariern kein Unterschied zu machen ist.



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Reinhold Becker in Schwerin  
Eingetretet: 5. Januar 1878 in Halle a. d. S.  
Vätersprache Hofbuchdrucker in Schwerin.



Die während der Wirtschaftskrise eingeleitete Nationalisierung der deutschen Industrie nahm während des verfloßenen Jahres ihren Fortgang. Ihre Wirkungen machen sich in einer erheblichen Leistungssteigerung der Arbeit bemerkbar. Mit besonderer Deutlichkeit tritt diese Tatsache in den großindustriellen Betrieben hervor, wo trotz stark ansteigender Produktion die Beschäftigtenzahl wesentlich zurückgegangen sind. Diese Entwicklung hält noch an. Von den Unternehmern wird die Leistungssteigerung der Arbeit nicht beklagt, wohl aber beklagen sie die daraus folgende Herabminderung der Produktionskosten, weil sie damit zugeben mußten, daß die Nationalisierung die Grundlage für eine Herabsetzung der Preise und eine Erhöhung der Löhne geschaffen hat. In einem solchen Zustande sind sie nicht zu bewegen, hartnäckig verbleiben die Unternehmer dabei, daß die Lage der deutschen Industrie eine Ermäßigung der Preise und Steigerung der Löhne nicht gestatte, wobei sie auf die notwendige Kapitalbeschaffung und die zunehmende Verschuldung der deutschen Wirtschaft verweisen. Demgegenüber steht fest, daß die Nationalisierung den

Lohnanteil an der Einheit der hergestellten Waren herabsetzte und, da kein entsprechender Lohnausgleich oder eine Verminderung der Warenpreise erfolgte, den auf den Unternehmern entfallenden Anteil erhöht haben muß. Nutznießer der Nationalisierung sind also allein die Unternehmer! Mit diesem Ergebnis hat die Nationalisierung ihren volkswirtschaftlichen Zweck verfehlt, der nur darin bestehen kann, die Lebenslage des Volkes zu verbessern. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb darauf eingestellt bleiben, dieses Ziel dennoch zu erreichen.

Die Verschuldung der deutschen Wirtschaft hat sich im Verlaufe des Jahres weiter erhöht, wie auch die Aktivität der Handelsbilanz nicht erreicht wurde, obgleich die Ausfuhr gestiegen ist. So sehr das Unternehmertum bemüht ist, diese wirtschaftlichen Erscheinungen für seine Absichten auszunutzen, so wenig Ursache besteht zu ernstlichen Besorgnissen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Das Anwachsen der Auslandsanleihen und die Passivität der Handelsbilanz stehen zueinander in enger Wechselwirkung, und ein Gleichgewicht der Wirtschaft kann sich erst einstellen, wenn ihr Kapitalbedarf befriedigt ist. Nach den schweren Verlusten, die der Weltkrieg der deutschen Wirtschaft beigebracht hat, war die erforderliche Neubildung von Kapital aus dem eignen Wirtschaftsertrag in der verfloßenen kurzen Zeit nicht möglich. Das Unternehmertum arbeitete rücksichtslos darauf hin, diese Kapitalbildung auf Kosten der Arbeiter zu beschleunigen, wobei es auf den einmütigen Widerstand der Gewerkschaften stieß. Ihnen ist zu verdanken, daß die Bemühungen der Unternehmer, die Lebenshaltung der Arbeiter durch Herabdrückung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit zu verschlechtern, fruchtlos blieben. Darüber hinaus gelang es sogar, die Löhne der Arbeiter zu verbessern und gegenüber den eintretenden Preissteigerungen einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

Das Jahr 1927 brachte eine Anzahl arbeitsrechtlicher Gesetze und zugleich wesentlich wirtschaftspolitischer Bedeutung für die Arbeiterschaft. Am 1. Mai trat die neue Arbeitszeitverordnung in Kraft. Die Neuregelung entspricht nicht den Forderungen der Gewerkschaften. Diese gingen dahin, den Arbeitstagen wieder in vollem Umfang zur Geltung zu bringen, um so der Lösung des Arbeitslosenproblems näherzukommen. Technik und Nationalisierung gebieten, die Arbeitszeit zu verkürzen. Auch der Schutz der Gesundheit der Arbeiter macht die Arbeitszeitverkürzung zu Notwendigkeit. Die Regierung des Reichsfolgt was jedoch zu einem solchen Zustande nicht zu bewegen. Dennoch gelang es, verschiedene Verbesserungen durchzuführen. Hierzu gehört u. a. die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Juli 1927, wonach die Arbeitszeit für Schwerarbeiter in den Stahlwerken, Maschinen- und anderen Anlagen der Großindustrie auf acht Stunden täglich festgesetzt wird. Die Verordnung soll am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Gegen diese Regelung, die im Reichswirtschaftsrat auch mit den Stimmen der Unternehmer gebilligt wurde, liefen die Großindustriellen Sturm, indem sie mit einer allgemeinen Betriebsstilllegung für den angegebenen Termin drohten.

Die wirtschaftliche und politische Lage des Deutschen Reiches macht die Ausdehnung des Außenhandels zu einer der wichtigsten Lebensfragen. Zwei Jahre sind es nahezu, seit die gegenwärtige Regierungsmehrheit den neuen Zolltarif angenommen hat. Die Bedenken der Opposition gegen dieses angelegliche Verhandlungsinstrument haben sich als berechtigt erwiesen. Erst jetzt ist es nach endlosen Verhandlungen gelungen, mit Frankreich zu einem Handelsabkommen zu gelangen und mit Polen in Verhandlungen über einen abzuschließenden Handelsvertrag einzutreten. Ob sie von Erfolg sein werden, bleibt abzuwarten. Bezüglich der Haltung der Reichsregierung ist, daß nur die Unternehmer zu den Verhandlungen beigezogen, die Arbeiter dagegen von einer Mitwirkung ausgeschlossen wurden, obgleich die Verfallung ihre gleichberechtigte Mitwirkung an der Leitung der Wirtschaft festlegt.

## Wirtschaftspolitische Theorien

### Einführung

Eine ganz eigenartige Wissenschaft ist die Nationalökonomie, auch Volkswirtschaftslehre, Sozialökonomie oder Sozialökonomie genannt, eine Wissenschaft, die so wenig fertig ist, daß die Fachgelehrten sich über ihren Begriff und ihre Bedeutung sowie über ihr Alter selbst nicht einig sind. Während Professor Dühring die Ansicht vertritt, daß diese Wissenschaft erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden ist, behauptet der Franzose Adolphe Blanqui, daß sie bereits bei den Römern und Griechen zu Hause war.

Was ist Volkswirtschaft? Die Volkswirtschaftslehre handelt von der Wirtschaft eines Volkes, d. h. von der wirtschaftlichen Tätigkeit der zu einem Volk oder Staat vereinigten Menschen und ihren Wirtschaften, schreibt Professor Fuchs. Wo von die Menschen leben, das ist die Grundfrage der Volkswirtschaftslehre, behauptet Professor Wgodzinski. Und Professor Bücher erzählt uns in seinem Werk „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, daß die Gesamtheit der Veranaltungen, Einrichtungen und Vorgänge, welche die Bedürfnisbefriedigung eines ganzen Volkes hervorruft, die Volkswirtschaft bilden, sie zerfällt wieder in zahlreiche Einzelwirtschaften, die durch den Verkehr miteinander verbunden sind und dadurch voneinander mannigfach abhängig sind, daß jede für alle andere gewisse

Aufgaben übernimmt und von andern für sich solche Aufgaben übernehmen läßt. Was sind Einzelwirtschaften? Sind es die vielen Wirtschaften, die die unzähligen Haushalte und Familien führen? Da diese in der Regel nur auf den Verbrauch eingestellt sind, können sie nach den professoralen Definitionen nicht gemeint sein, da offensichtlich auch die Herstellung der Verbrauchsgüter gleichfalls unter „Einzelwirtschaft“ fallen soll. Die Volkswirtschaft handelt von der Wirtschaft eines Volkes, sagen die Gelehrten. Von Volkswirtschaft kann man aber nur da reden, wo es sich um eine planmäßige Bedarfsdeckung eines ganzen Volkes handelt. Eine planmäßige Wirtschaft eines Volkes gibt es jedoch nicht, es ist unmöglich, zu behaupten, daß die Völker für sich wirtschaften, daß sie einen bedenklichen, geschlossenen Haushalt führen. Von den unzähligen Verbrauchsgütern, die in Deutschland in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie produziert werden, gehen große Mengen in andre Länder. Umgekehrt ist das deutsche Volk auf die Erzeugnisse anderer Länder angewiesen. Das industrielle Räderwerk kann in Deutschland ohne Zufuhr fremder Rohstoffe aus gar nicht aufrechterhalten werden, andererseits sind manche Länder auf die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse angewiesen. Die Austauschbeziehungen sind vornehmlich durch jenen Typ der Wirtschaft bedingt, den wir kapitalistisch nennen. Wo der zu Hause ist, da herrscht in den Wirtschaftsverhältnissen als alleiniges Gesetz die freie Konkurrenz. Damit ist ja jeglicher Plan, jede Ordnung aus der Wirtschaft verschwunden. Da der Ka-

pitalismus international ist und arbeitet, kann er auch keine nationale geschlossene „Volkswirtschaft“ hervorbringen.

Die Zukunftzeit wurde durch die Manufaktur, diese wieder durch die Industrie abgelöst, der Feudalismus durch die bürgerliche Freiheit verdrängt. Die Bourgeoisie hob den Kapitalismus aus der Taufe und schuf den kapitalistischen Klassenstaat, als ideologische Waffe bediente sie sich hierbei der neu entstandenen Wissenschaft der Nationalökonomie. Freies Spiel der Kräfte, fort mit jeglicher staatlicher Bevormundung, keine Behinderung des Privatkapitals, war die Lösung. Durch diese neue Lehre war die Nationalökonomie ins Leben gerufen. Sie wurde eine Wissenschaft der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Funktion ist an das Bestehen derselben unloslich verknüpft, so ist die Nationalökonomie erwachsen aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Die nationalökonomischen Grundprobleme sind in der geschichtlichen Entwicklung verschiedentlich Wandlungen unterworfen worden, die ihren Niederschlag in den verschiedensten Theorien fanden.

### 1. Der Merkantilismus.

Der erste Reichtum ist zweifellos nicht durch Produzieren, sondern durch den Handel entstanden. In den Handelsländern Italien, Spanien und England tauchten in der Epoche des Frühkapitalismus die ersten Fragen der Nationalökonomie auf. Der Handel schuf freien Verkehr, der

Lebhafte Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit verurteilte die Kritik des Reparationsagenten an der Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Die von ihm erhobenen Vorwürfe wurden von den Unternehmern mit größter Genugtuung aufgenommen, weil sie darin eine wirksame Unterstützung ihrer gegen die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen der öffentlichen Hand sowie die vom Reich betriebene Sozialpolitik gerichteten Angriffe erblickten. Versichert wurde die Situation durch die einseitige Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten, die zu scharfen Zurückweisungen der deutschen Kommunalverwaltungen wie auch des Bundesauschusses des ADGB. Anlaß gab.

Überblickt man die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1927, so sind sie für die Arbeiterschaft zwar wenig befriedigend. Dennoch läßt sich eine wesentliche Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage feststellen. Ob diese von längerer Dauer sein und sich noch ein weiterer Anstieg der Wirtschaft vollziehen wird, ist unmöglich vorauszusagen. Gewisse Anzeichen dafür sind vorhanden. Der Auftrags- und Beschäftigungsstand in der Industrie ist überwiegend ein guter, mindestens befriedigender, woraus sich die Hoffnung schöpfen läßt, daß den Arbeitern auch im neuen Jahre die üblichen Erfahrungen, die sie in so bedrückender Weise während der hinter uns liegenden Wirtschaftskrise machen mußten, erspart bleiben werden.

M a t t u a t.

### Die neue Lohnsteuerreglung

Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor Weihnacht beschlossen hat, bringt für die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. Die Ermäßigung der Steuer erfolgt diesmal nicht durch Erhöhung der steuerfreien Beträge, sondern durch einen Abschlag vom Steuerbetrag in Höhe von 15 Proz., bis zum Höchstbetrage von 2 M. monatlich, 50 Pf. wöchentlich, 10 Pf. täglich usw. Diese Ermäßigung wird ohne Rücksicht darauf angewendet, ob bei der Berechnung der Steuer die prozentuale oder die feste Familienermäßigungen zugrunde zu legen sind. Ausgenommen sind nur folgende zwei Fälle: 1. einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn oder Gehalt gezahlt werden, wie z. B. Gratifikationen und 2. die unabhängigen Arbeiter, deren Steuerabzug wie bisher 2 bzw. 1 Proz. vom gesamten Arbeitslohn ohne Absetzung von steuerfreien Beträgen und Familienermäßigungen beträgt.

Die Berechnung der Steuer zerfällt also jetzt in zwei Teile: 1. die bisherige Berechnung, an der sich nichts geändert hat, und 2. die Berechnung der Ermäßigung, die neu hinzugekommen ist. Ein Erlaß des Reichsfinanzministers vom 19. Dezember 1927 -- IIIe 5500 -- gibt hierfür folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeiter mit zwei minderjährigen Kindern erhält einen Wochenlohn von 42 M. Es ist das System der festen Abzüge anzuwenden. Danach sind steuerfrei: 24 + 2,40 + 2,40 + 1,80 = 33,60 M. 42 - 33,60 = 8,40 M., davon 10 Proz. = 84 Pf., abgerundet 80 Pf. Dieser Betrag war nach der bisherigen Regelung einzuhalten. Nach der vom 1. Januar 1928 ab getroffenen Neuregelung ermäßigt sich nun der Steuerbetrag um 15 Proz., höchstens um 50 Pf. wöchentlich, 15 Proz. von 80 Pf. = 12 Pf. Die Steuer beträgt also künftig nur 80 Pf. - 12 = 68, abgerundet 65 Pf.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern bezieht ein monatliches Gehalt von 450 M. Es ist das prozentuale System anzuwenden. Danach sind steuerfrei 100 M. Von dem Rest von 450 - 100 = 350 M. war die Steuer bisher 6 Proz. = 21 M. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Proz., höchstens um 2 M. monatlich, 15 Proz. von 21 = 3,15 M. Die Ermäßigung darf daher hier nur mit dem Höchstbetrag von 2 M. berücksichtigt werden. Die einzubehaltende Steuer beträgt also 21 - 2 = 19 M. 2. Außerdem bringt das Gesetz eine geringfügige Er-

höhung der Grenze, bis zu der Kleinbeträge an Lohnsteuer nicht erhoben werden. Bisher unterblieb der Steuerabzug, wenn er wöchentlich den Betrag von 20 Pf., monatlich den Betrag von 80 Pf. nicht überstieg. Jetzt sind diese Beträge auf 25 Pf. bzw. 1 M. erhöht worden. Der Erlaß des Reichsfinanzministers bringt hierzu nachstehendes Beispiel:

Bei einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern und einem Wochenlohn von 37 M. betrug die Steuer bisher 10 Proz. von (37 - 33,60 =) 3,40 = 34 Pf., abgerundet 30 Pf. Dieser Betrag ermäßigt sich vom 1. Januar 1928 ab um 15 Proz., höchstens um 50 Pf. 15 Proz. von 30 = 4,5 Pf. 30 - 4,5 = 25,5, abgerundet 25 Pf. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Auswirkung der neuen Vorschriften auf die Ermäßigung der Steuerbelastung je nach der Höhe des Einkommens und der Größe des Familienstandes ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

Monatslohn in M.	lediger Steuerpflichtiger		Verheirateter mit zwei Kindern weniger	
	bisher	künftig	bisher	künftig
110	1,00	0,85	0,15	—
125	2,50	2,10	0,40	—
150	5,00	4,25	0,75	1,00
200	10,00	8,50	1,50	6,00
250	15,00	13,00	2,00	10,50
400	30,00	28,00	2,00	21,00
700	60,00	58,00	2,00	42,00

Die Übersicht zeigt, daß die Ermäßigung sowohl bei dem Ledigen als auch bei dem Verheirateten in den unteren Einkommensstufen weit geringer ist als in den mittleren und höheren. Sie beträgt für den ledigen Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von 110 M. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 M. 75 Pf., bei 200 M. 1,50 M. und von 250 M. ab 2 M. Ähnlich ist das Verhältnis bei dem Verheirateten mit zwei Kindern. Hier ist der Höchstbetrag der Ermäßigung von 2 M. etwa bei einem monatlichen Einkommen von 300 M. erreicht.

Wie bisher gibt auch diesmal das Reichsfinanzministerium umfangreiche Tabellen heraus, aus denen der ermäßigte Steuerbetrag ohne weitere Berechnung abgelesen werden kann. Diese amtlichen Tabellen sind getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweitägliche Lohnzahlung und können von den Unternehmern entweder unmittelbar von der Druckverlagsverwaltung der Reichsdruckerei oder bei den Finanzämtern unter Vorauszahlung des Preises bestellt werden. Die außerordentliche Erschwerung der Berechnung, die auf Grund der neuen Ermäßigungsvorschriften eingetreten ist, kann aber durch diese Tabellen allein nicht beseitigt werden. Es ist bisher nicht gelungen, diese Tabellen allgemein einzuführen, so daß besonders in kleinen Betrieben die Gefahr entsteht, daß sich die unrichtigen Abzüge häufen. Diese Gefahr vergrößert sich dadurch, daß die Arbeiter selbst in vielen Fällen nicht in der Lage sein werden, sich ihren Steuerabzug nach den neuen Vorschriften richtig zu berechnen. Es muß daher bedauert werden, daß das Reichsfinanzministerium nicht wenigstens noch eine kleine Tabelle darüber aufgestellt hat, bis zu welchem Einkommen jeweils die 15prozentige oder die Ermäßigung um 2 M. monatlich anzuwenden ist.

### Korrespondenzen

**Berlin.** (Korrekturen.) In unserer Versammlung vom 11. Dezember wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Georg Müller sowie des verstorbenen Gewerkschaftsführers Silberstein in üblicher Weise geehrt. Kollege Müller war in den Gründungsjahren des Berliner Vereins längere Zeit dessen erster Vorsitzender, später gleichfalls erster Vorsitzender in der Zentralkommission und stellte auch während der Kriegszeit seine Kräfte der Sparte zur Verfügung. Den bemerkenswertesten Punkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Dr. Reffmann über „Die Justiz“. Der Redner verstand es, seine Zuhörer zu diesem wichtigen Thema in außerordentlichem Maße zu fesseln. Er führte aus, daß bei der Staatsumwälzung im Jahre 1918 auch im Verwaltungskörper der Justiz große Fehler begangen wurden, da

die Anhänger der Monarchie nicht reiflos aus dem Staatsdienst entfernt wurden, so daß heute Urteile gefällt werden, die oft von der politischen Einstellung des Richters gegenüber der des Beklagten abhängig sind. In ausführlicher Weise kam der Wegzug eines Richters in der Monarchie zur Schilderung. Die Gesetze, nach denen damals gerichtet wurde, waren entschieden besser als die heutigen, da sie in ruhigeren Zeiten entstanden sind und besser durchgearbeitet werden konnten. Gegenwärtig sind die Gesetze noch sehr der Reform bedürftig. Es wird auch vielfach von „Klassenjustiz“ gesprochen. Da jedoch dieses Wort meist falsch ausgelegt werde, so müßte man hier ein andres anwenden, und zwar „Rechtsbeugung“. Wie verschieden heute gerichtet werde, trotz gleichartigen Tatbestandes, bewies der Vortragende an Hand einiger Beispiele aus seiner Praxis, von denen hier nur eins angeführt sein mag. In einem Betrieb handelte es sich um Bezahlung von Feiertagen. Die Klagen gingen nicht geschlossen vor, sondern klagten in zwei Parteien. Während die eine Partei zu ihrem Rechte kam, erhielt die andre unrecht, obwohl es sich um dieselbe Angelegenheit handelte; erst die Berufungssinstanz mußte das letzte Urteil fortrigieren. Es ließen sich noch viele Beispiele anführen, so der Magdeburger Prozeß der ja hinsichtlich in den Tageszeitungen erörtert wurde. Wie erwähnt, ist eine Reform des Strafrechts unbedingt erforderlich. Sollte nun der jetzige Reichstag über kurz oder lang von der Billfährigkeit verschwinden, so sehen wir wieder am Anfang, und es kann noch lange dauern, ehe ein vernünftiges Gesetz zustande kommt. Der Redner äußerte sich dann noch über den § 11 des Pressegesetzes, der in den meisten Fällen in falscher „Aufmachung“ angewendet wird. Einen breiteren Raum im Vortrag nahmen die Eide in Anspruch. Es wird nirgends so viel geschworen wie in Deutschland, oft wegen geringfügiger Objekte. Logischerweise werden dadurch auch viele Meinende geleistet. Zu Ostpreußen z. B. gab es regelrechte „Meinendsbörser“, wo Einwohner bei jeder Kleinigkeit „Meinend“ waren und daraufhin einen „Eid“ ablegen konnten, bis eines schönen Tages ein tüchtiger Staatsanwalt dieses Treiben aufdeckte. Zum Schluß richtete der Vortragende die Bitte an die Versammelten, bei den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen auf dem Posten zu sein, damit es der Arbeiterschaft gelingt, eine bessere Regierung zu schaffen, in der der Minister an der Spitze stehen, die republikanisch gesinnt sind. Wohlverdient war der reiche Beifall, den der Vortragende erntete. Da eine Diskussion über dieses Thema eine zu lange Zeit in Anspruch genommen hätte, wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, auf eine solche zu verzichten, was auch angenommen wurde. Ein Gegenantrag erhielt nur eine Stimme. In einem kurzen Schlusswort erklärte der Referent, daß er gern bereit sei, sich der Vermählung wieder zur Verfügung zu stellen, um auf an ihn gestellte Fragen seine Meinung zu äußern. Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus. In weiteren Verlauf der Tagung kamen unter anderem noch verschiedene Mißstände bei Krankmeldungen, Klagen über die Kassenärzte, Vertrauensärzte und Ambulatorien zur Sprache, weshalb der Vorsitzende beauftragt wurde, zu gelegener Zeit für ein Referat zu sorgen, das aufklärend wirken soll. Zum Vertreter im Gauverband wurde Kollege Pander wieder gewählt.

**Düsseldorf.** In der Versammlung am 11. Dezember fand in Düsseldorf „Vollentzoger“, dem Wilhelm-Marx-Saal, statt. Sie hatte einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Der Gesangverein „Gutenberg“ leitete sie mit zwei schönen Liedern ein, die beifällig aufgenommen wurden. Im übrigen stand die Vermählung unter dem Eindruck der herrnahnenden Weihnacht, was sich in einer Reihe wohlwollender Beschlüsse ausdrückte. Den nichtbezugsberechtigten Inaktiven wurde das bisherige Einkünfteverhältnis festgesetzt von 15 auf 25 M. erhöht. Für die Witwen und Waisen verstorbenen Kollegen wurden wie in den früheren Jahren ebenfalls wieder Weihnachtsunterstützungen bewilligt, und zwar erhalten die Witwen 20 M. sowie für jedes Kind unter 14 Jahren 10 M. Die arbeitslosen Kollegen erhalten, sofern sie in der Weihnachtswoche arbeitslos sind: Bezugsberechtigte 10 M., Nichtbezugsberechtigte 20 M. Bei Arbeitslosigkeit von mehr als vier Wochen erhalten Bezugsberechtigte 20 M. und Nichtbezugsberechtigte 40 M. Aus den geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden Schindler verdient Hervorhebung, daß sich die Düsseldorf Buchdrucker an der

übertragung als erster die Schranken der Kunst- und Stadtwirtschaft, er begründete den ersten Reichtum und rief die Manufaktur ins Leben. Damit entsteht der Merkantilismus oder das Handelsystem. Was ist Reichtum, wodurch werden Staaten reich? Das waren die Probleme jener Zeit. Der Handel und das hinter ihm stehende Gold erschienen als Quelle des Reichtums und der politischen Macht. Schafft Handel Reichtum, so werden die Staaten reich, die viel Gold einführen und nichts aus dem Lande herausfließen, verkündete die erste nationalökonomische Lehre. Der Hochschätzung des Geldes schloß sich die Hochschätzung des auswärtigen Handels an. Welthandel, Kolonialeroberungen, staatsseitige Förderung der Manufakturen für Ausfuhrartikel, Verbot der Einfuhr solcher Produkte, die das Gold dem Lande entführen, und Verneinung der Edelmetallvorräte durch Ausbeutung des Gold- und Silberbergbaues hieß die Lösung. Obenan stand die Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz. Darunter verstand man den Vergleich der Werte der eingeführten und ausgeführten Waren. Übertrifft die Einfuhr, so strömt Geld ins Land, die Handelsbilanz ist aktiv. Aktive Handelsbilanz ist erstes Gesetz des Merkantilismus. Handelsbilanz ist nicht gleichbedeutend mit Zahlungsbilanz. Außer den Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen ist für letztere das Kredit- und Verfrachtungsgeschäft, die Versicherungsverträge mit dem Ausland und umgekehrt, die Zinsen für im Ausland untergebrachter Anleihen, die Gewinne ausländischer Unternehmungen des

Inlandes, die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, die Gebührenden der Ausgewanderten in die Heimat, die Kapitalwanderungen im zwischenstaatlichen Kreditverkehr und die Schenkungen, Erbschaften, Kriegsschadigungen usw. in Rechnung zu stellen. Hiernach kann die Handelsbilanz passiv, die Zahlungsbilanz hingegen aktiv sein. Hochschätzung des Geldes war Inhalt merkantilen Denkens zur Handels- und Produktivförderung. In den einzelnen Ländern und Zeiten war Ziel und Praxis des Merkantilismus äußerst verschieden. Als Nationalökonomie des Frühkapitalismus ergriff er die bevorstehende Leitung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiet der staatlichen Förderung der Industrie als Grundlage des aktiven Handels, insbesondere in Deutschland und Frankreich. Der englische, holländische und italienische Merkantilismus war mehr handelsmäßig. Geld bedeutet Anweisung auf Güter. Es hat Verrichtung, Vermögen darzustellen nur, wenn die Güter, die einzutauschen werden, hinter ihm stehen. Anders ausgedrückt bedeutet Geld nicht an sich Reichtum, sondern die Güter, die durch das Geld eingetauscht werden können. Verrichtet doch das Geld als Maß der Werte und als Maßstab der Preise zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Internation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. Als Wertmaß dient es dazu, die Werte der bunten verschiedenen Waren in Preise zu verwandeln. An Maß der Werte messen sich die Waren als Werte.

Auch die aktive Handelsbilanz wird wie die Bedeutung des Geldes von den Merkantilisten überschätzt. Wir haben die Wertwürdigkeit zu verzeichnen, daß wir im Jahre 1913 für 10,9 Milliarden Mark ausführten, hingegen betrug die Einfuhr 11,6 Milliarden Mark. Dies Verhältnis ist nicht etwa nur für das genannte Jahr zutreffend, sondern während einer Reihe von Jahren in der Vorkriegszeit festzustellen. England führte für 10 Milliarden Mark Waren aus, die Einfuhr betrug dagegen 13 Milliarden Mark. Ähnliches gilt für Frankreich, Holland und Belgien. Rußland hatte 1913 eine aktive Handelsbilanz mit einer Milliarden Mark. Auch Amerika und die Balkanländer wiesen aktive Handelsbilanzen auf. Doch rührte dies daher, weil genannte Länder mit dem Erlös ihrer Erzeugnisse an das Ausland zahlten. Um den Franzosen Zinsen für Anleihen zahlen zu können, verkaufte Rußland Getreide, Holz usw. und erzielte so eine aktive Handelsbilanz. Der Ausfuhrüberschuß ging nach Frankreich, das auf diese Weise eine passive Handelsbilanz aufwies. Während der Inflation ging Deutschland zur aktiven Handelsbilanz über, eine Aktivität, die auf Ausverkauf beruhte, daher schädlich war, hingegen deutete die Passivität der deutschen Handelsbilanz in der Vorkriegszeit durchaus nicht Verarmung an, es kommt eben darauf an, wozu der Einfuhrüberschuß verwandt wird. Woher Konsumtion ist schädlich, wird der überschüssig hingegen in die Produktion eingeschossen, so wirkt er wirtschaftsfördernd.

(Fortsetzung folgt.)



